

17%

Gebühren und Entgelte machen 17% der Gemeindeerträge aus.

Steuerfüsse sinken

Die Voranschläge der Gemeinden für das Jahr 2008 bringen zum Teil deutliche Steuersenkungen, und dies obwohl im Jahr 2007 bereits das Steuerpaket zu substantiellen Steuererleichterungen vor allem für Familien geführt hat. Die positive wirtschaftliche Entwicklung hat diese Steuersenkungen begünstigt.

Aber auch andere Faktoren wirken sich positiv auf die Gemeinden aus. So gehen die Schülerzahlen in den Kindergärten und der Primarschule zurück, das Bevölkerungswachstum ist zwar stetig, aber mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 0,5% moderat.

Die Finanzlage der Gemeinden ist seit Jahren auf hohem Niveau gut. Eine ausgewogene Finanzpolitik in den Gemeinden ist mitverantwortlich für dieses günstige Ergebnis. Die mittel- und langfristigen Schulden sind mit 1 845 Fr. pro Einwohner bescheiden.

Die Steuerbelastungsunterschiede unter den Gemeinden sind relativ gering. Verantwortlich dafür ist ein grosszügiger Finanzausgleich, der eher die kleinen Gemeinden bevorzugt. Dies mag der Grund sein, dass das Thema Gemeindefusionen bisher im Baselbiet noch keine grossen Wellen warf.

August Lienin, Kantonsstatistiker

Gemeindefinanzen im Lot

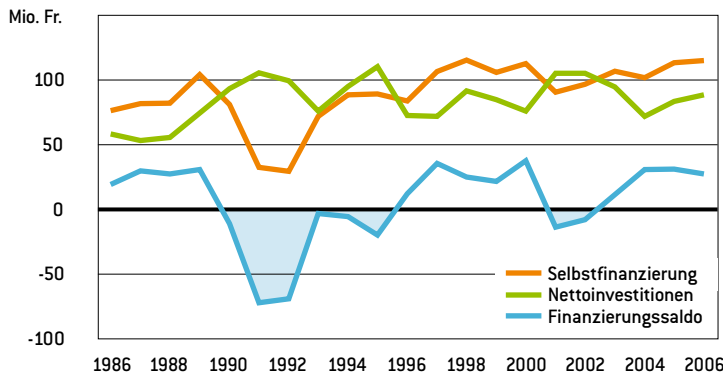
Schuldenabbau und moderates Ausgabenwachstum kennzeichnen die finanzielle Situation der Einwohnergemeinden in den letzten zehn Jahren. 2006 betrug der Aufwand der Einwohnergemeinden 1,1 Mrd. Franken. Die Hälfte davon wird für die Bildung und Soziale Wohlfahrt aufgewendet. 105 Mio. Fr. werden im Umweltschutz (Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung) über Gebühren den Verursachern belastet.

Die Einwohnergemeinden haben in den letzten zehn Jahren eine durchschnittliche Selbstfinanzierung (cash flow) von jährlich rund 100 Mio. Fr. erzielt. Die mittel- und langfristigen Schulden sind in dieser Periode um 100 Mio. Fr. zurückgegangen und betragen noch knapp 500 Mio. Fr. oder 1 845 Fr. pro Einwohner. Die Bruttoinvestitionen sind im Schnitt auf einem Niveau von 150 Mio. Fr. pro Jahr. Über Anschluss- und Erschliessungsbeiträge werden rund 44% der Investitionen finanziert. Der durchschnittliche Abschreibungssatz liegt mit mehr als 16% deutlich über dem gesetzlichen Minimalssatz von 10% beim steuerfinanzierten Bereich und 8% bei den Spezialfinanzierungen.

Der Bruttoaufwand der Gemeinden hat sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt. Allerdings verläuft die Entwicklung seit 1996 parallel zum Bruttoinlandsprodukt der Schweiz. Zu Beginn der 1990er Jahre nahm jedoch der Bruttoaufwand stärker zu als das Bruttoinlandsprodukt. Eine deutliche Verschiebung ist bei der Finanzierung der Aufgaben sichtbar. Der Anteil der Steuern an den Erträgen ist von 62% im Jahr 1986 auf 55% im Jahr 2006 zurückgegangen. Angestiegen ist dagegen die Finanzierung über Gebühren, insbesondere beim Umweltschutz. Gegen 200 Mio. Fr. werden heute gemäss dem Verursacherprinzip den Haushalten und Betrieben belastet.

2003 ist das neue Bildungsgesetz in Kraft getreten. Damit verbunden ist der Trägerschaftswechsel der Sekundarschule Niveau A (vormals Realschule) sowie der Sekundarschulbauten von den Gemeinden zum Kanton. Von der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), die am 1. Januar 2008 in Kraft tritt, sind die Gemeinden insbesondere bei der Finanzierung der Alters- und Pflegeheime und der Spitex betroffen. Der Kanton hat den Gemeinden die durch den NFA entstehenden Mehrkosten über eine höhere Beteiligung des Kantons an den Beiträgen für die Ergänzungsleistungen ausgeglichen.

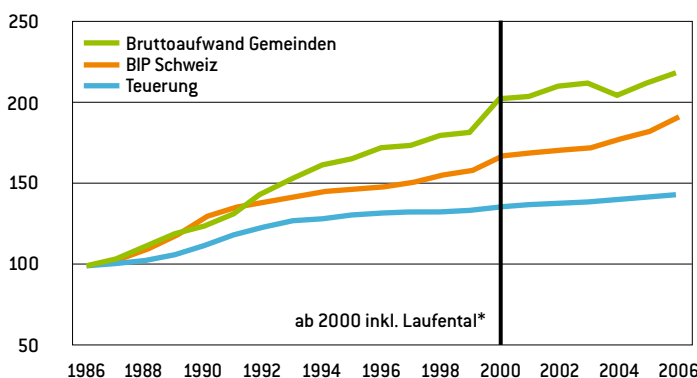
Selbstfinanzierung, Nettoinvestitionen und Finanzierungssaldo der Einwohnergemeinden in Mio. Franken 1986 – 2006



HOHE SELBSTFINANZIERUNG FÜHRT ZU SCHULDENABBAU

Betrachtet man die letzten zwanzig Jahre, so sind zwei Perioden mit einem negativen Finanzierungssaldo (Schuldenaufbau) auszumachen. Die erste in den Jahren 1991 bis 1995 und die zweite 2001 und 2002. Sowohl 1991 als auch 2001 traten Steuerrevisionen in Kraft. Beide Male fiel die Revision mit einer wirtschaftlichen Rezessionsphase zusammen. Während nach 1991 die Erholungsphase relativ lang andauerte, entwickelten sich die Gemeindefinanzen 2001 rasch wieder in den positiven Bereich. Dies hat damit zu tun, dass die Umstellung auf die einjährige Veranlagung höhere Steuererträge abwarf als zuerst angenommen wurde.

Bruttoaufwand der Einwohnergemeinden, BIP der Schweiz und Teuerung 1986 – 2006 (1986 = 100)

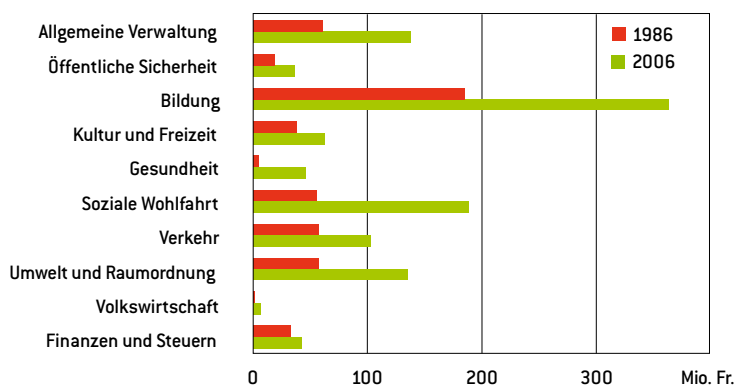


*Der Anstieg im Jahr 2000 hat mit der Integration der Laufentaler Gemeinden in die Gemeindefinanzstatistik zu tun. Vor 2000 sind die Laufentaler Gemeinden nicht berücksichtigt, da die Rechnungsmodelle zu unterschiedlich waren.

MODERATER ANSTIEG DES BRUTTOAUFWANDES

In den letzten zwanzig Jahren hat sich der Bruttoaufwand der Einwohnergemeinden mehr als verdoppelt und ist von 512 Mio. Fr. auf 1,1 Mrd. Fr. angewachsen. Berücksichtigt man die Teuerung, die in dieser Zeitspanne rund 43,6% betrug, ergibt sich ein reales Wachstum der Bruttoausgaben von 52,2%. Ein Teil der Zunahme erklärt sich dadurch, dass 1994 der Bezirk Laufen zum Kanton Basel-Landschaft gestossen ist. Das neu integrierte Laufental macht seither rund 7% des Bruttoaufwandes aus. Blendet man aus Vergleichsgründen den Bezirk Laufen aus, beträgt das reale Ausgabenwachstum 41,5%. Die Entwicklung der Ausgaben der Gemeinden und die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes der Schweiz verliefen seit Mitte der 1990er Jahre im Gleichschritt.

Bruttoaufwand der Einwohnergemeinden nach Aufgabe in Mio. Franken 1986 und 2006



BILDUNG GRÖSSTER AUFGABENBEREICH

Die Bildung ist nach wie vor der Aufgabenbereich mit den höchsten Ausgaben. 2006 wendeten die Baselbieter Gemeinden rund 363 Mio. Fr. für die Bildung auf. Das sind real 37% mehr als noch 1986, wobei die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden nicht mehr die gleiche ist wie 1986. Auf Stufe Gemeinde umfasst der Bildungsbereich die Vorschule, die Primarschule sowie die Kleinklassen. Bis 2003 waren die Gemeinden für die Realschulen zuständig, ab 2004 hat der Kanton diese übernommen.

ZUNAHMEN UND VERSCHIEBUNGEN BEI SOZIALER WOHLFAHRT UND GESUNDHEIT

Die Ausgaben der Sozialen Wohlfahrt, dem zweitgrössten Ausgabeposten, wuchsen in den letzten zwanzig Jahren real um 135%. Die Soziale Wohlfahrt umfasst das Asylwesen, Unterstützungsleistungen gemäss Sozialhilfegesetz sowie Mittel für Ergänzungsleistungen. Bis Ende 2003 mussten die Gemeinden dem Kanton zudem Mittel für AHV und IV bereitstellen.

Auffallend ist die Zunahme des Bruttoaufwandes im Bereich Gesundheit. Hier haben sich die Ausgaben real seit 1986 mehr als versechsfacht. Es ist jedoch zu beachten, dass die Kosten der Pflegeheime, welche 2006 mehr als 55% der Gesundheitskosten ausgemacht haben, erst seit 2000 in der Funktion Gesundheit verbucht werden. Dadurch wird ein Grossteil des Kostenwachstums erklärt.

VIELE FUNKTIONEN GENERIEREN EINNAHMEN

Bei der Beurteilung der Entwicklung des Bruttoaufwandes ist Vorsicht geboten. Viele Funktionen generieren auch Einnahmen. So werden beispielsweise im Bereich Umwelt- und Raumordnung Gebühren für Wasser, Abwasser- und Abfallentsorgung erhoben. 2006 wurden 87% des Bruttoaufwandes in diesem Bereich mit Erträgen gedeckt. In anderen Aufgabengebieten wie dem Verkehr, gilt dies nur für gut 18% der Kosten. Der verbleibende Nettoaufwand muss durch Steuermittel finanziert werden.

Die Gemeinden finanzieren den Grossteil ihrer Ausgaben mit Steuererträgen. Die Finanzierung der einzelnen Funktionen setzt sich jedoch unterschiedlich zusammen. Während das Bildungswesen grösstenteils mit Steuergeldern finanziert wird, dominieren in den Bereichen Öffentliche Sicherheit und Umwelt- und Raumordnung Erträge aus anderen Quellen wie beispielsweise den Gebühren.

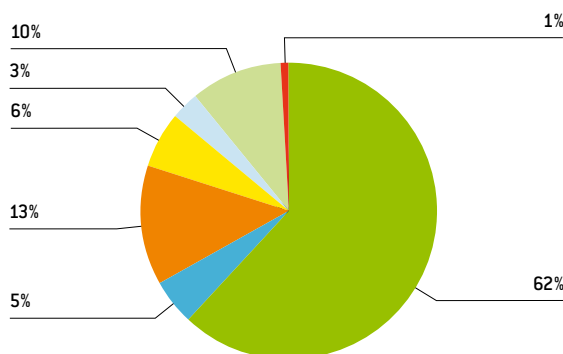
GEBÜHREN UND ENTGELTE WERDEN WICHTIGER

Der Gesamtertrag der Gemeinden belief sich 2006 auf rund 1,1 Mrd. Franken. Hiervon machten die Steuererträge 55% aus. Von 1986 bis 2006 hat der Anteil den die Steuern am Gesamtertrag ausmachen, um 7 Prozentpunkte abgenommen. Anteilsmässig zugenommen haben dagegen die Gebühren und Entgelte, die im Jahr 2006 rund 17% der Gesamteinnahmen ausmachten. In absoluten Zahlen nahmen die Steuererträge seit 1986 real um 37% auf 624 Mio. Fr. zu, die Gebühren haben sich in dieser Zeit real verdoppelt und beliefen sich im Jahr 2006 auf 192 Mio. Franken. Der Trend führt also klar hin zu einer verursachergerechteren Verrechnung von Dienstleistungen der öffentlichen Hand.

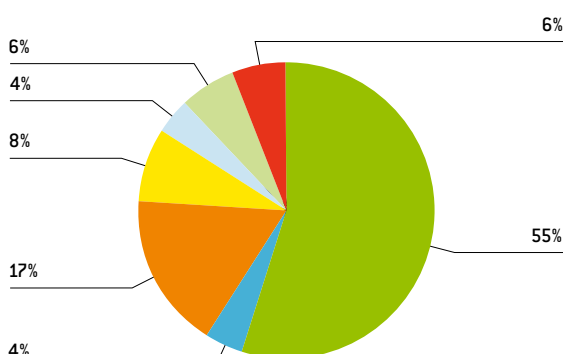
Seit 2004 erhalten die Gemeinden vom Kanton keine Steueranteile mehr an den Grundstücksgewinnsteuern, den Handänderungssteuern, und den Erbschafts- und Schenkungssteuern. Im Gegenzug wurden die Beiträge an den Kanton entsprechend verringert. Somit hat auch die Verringerung der Steueranteile im Jahr 2004 dazu beigetragen, dass die Steuern an den Gemeindeerträgen anteilmässig abgenommen haben.

Erträge der Einwohnergemeinden nach Kontenart 1986 und 2006

1986



2006



- Steuern
- Vermögenserträge
- Gebühren und Entgelte
- Beiträge ohne Zweckbindung
- Rückerstattung von Gemeinwesen
- Laufende Beiträge
- Übriges

Gemeindefinanzaufsicht – umfassendes Informationsangebot

Das Statistische Amt berät die Gemeinden in Fragen der Rechnungslegung und der Haushaltspolitik, bearbeitet Gesuche an den Ausgleichsfonds und führt den innerkantonalen Finanzausgleich durch.

Auf unserer Internetseite finden die Gemeindebehörden hierzu Informationen und Hinweise.

Das Dokumentationsangebot umfasst neben Links auf die Gesetzessammlung folgende Broschüren:

GRUNDLAGEN DES RECHNUNGSWESENS

- Wegleitung für das Rechnungswesen der Baselbieter Einwohnergemeinden, 123 Seiten
- Wegleitung für das Rechnungswesen der Baselbieter Bürgergemeinden, 61 Seiten
- Wegleitung für die Rechnungsprüfungskommissionen der Baselbieter Gemeinden, 34 Seiten
- Grundsätze des Rechnungsmodells – Merkmale und Aufbau, 8 Seiten
- Stichworte zum Rechnungsmodell – Begriffe und Erläuterungen zum Finanzhaushalt, 8 Seiten
- Baselbieter Kontenplan, 12 Seiten

BASELBIETER FINANZAUSGLEICH

- Berechnungsgrundlage, 12 Seiten

RECHTSGRUNDLAGEN

- Rechtsgrundlagen für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden, 47 Seiten

 Statistisches Amt
Kanton Basel-Landschaft

Rufsteinweg 4, CH-4410 Liestal
T 061 925 56 32, F 061 925 69 87
statistisches.amt@bl.ch
www.statistik.bl.ch

Redaktion: August Lienin, Simon Merz
Gestaltung: vista point, Basel
Druck: Schwabe Druck AG, Muttenz
Datum: Dezember 2007
Auflage: 1400 Expl.

Zum Thema

STEUERBELASTUNG IN DER SCHWEIZ – KANTONSHAUPTORTE, KANTONSZIFFERN 2006

Die von der Eidgenössischen Steuerverwaltung erarbeitete Statistik informiert über die unterschiedlichen Belastungen der Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern in den Kantonshauptorten für ausgewählte Steuersubjekte und -objekte. In der Publikation sind die mittleren, gewogenen kantonalen und gesamtschweizerischen Durchschnittswerte in Prozenten bzw. in Promillen ersichtlich.

Link: www.bfs.admin.ch » Themen » 18 – Öffentliche Finanzen » Publikationen

STEUERBELASTUNG IN DER SCHWEIZ – NATÜRLICHE PERSONEN NACH GEMEINDEN 2006

Die von der Eidgenössischen Steuerverwaltung erarbeitete Statistik informiert über die Belastung der natürlichen Personen durch Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern in 813 Gemeinden (sämtliche Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern laut Volkszählung 2000) sowie über die direkte Bundessteuer.

Link: www.bfs.admin.ch » Themen » 18 – Öffentliche Finanzen » Publikationen

ÖFFENTLICHE FINANZEN DER SCHWEIZ 2005

Die von der Eidgenössischen Finanzverwaltung erarbeitete Finanzstatistik weist die Finanzvorgänge der Verwaltungen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sowie deren Vermögenslage aus.

Link: www.bfs.admin.ch » Themen » 18 – Öffentliche Finanzen » Publikationen